



Berichterstattung Parlamentarische Vorstösse, Planungserklärungen und Auflagen 2024

Staatskanzlei STA

Bericht des Regierungsrates an den Grossen Rat zum Stand der Umsetzung überwiesener Motionen und Postulate, Planungserklärungen sowie Auflagen

Datum RR-Sitzung:	8. Januar 2025
Geschäftsnummer:	2023.STA.1539
Direktion:	Staatskanzlei
Klassifizierung:	Nicht klassifiziert

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
2.	Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung	3
3.	Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung	4
4.	Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge	4
5.	Planungserklärungen	5
6.	Auflagen Kreditgeschäfte	8

1. Einleitung

Mit dem vorliegenden Dokument erstattet der Regierungsrat dem Grossen Rat Bericht zu parlamentarischen Vorstössen gemäss Art. 70 des Gesetzes über den Grossen Rat (Grossratsgesetz, GRG; BSG 151.21). Der Bearbeitungsstand sämtlicher überwiesener Motionen und Postulate per Stichtag 31. Dezember 2024 wird aufgezeigt. Gleichzeitig beantragt der Regierungsrat allfällige Fristverlängerungen und Abschreibungen zu parlamentarischen Vorstössen dem Parlament zur Beschlussfassung (Art. 70 Abs. 1 und Abs. 3 GRG). Weiter erstattet der Regierungsrat Bericht zum Stand der Umsetzung von Planungserklärungen (Art. 53 GRG) sowie zu den Auflagen bei Kreditgeschäften.

2. Motionen und Postulate mit Antrag auf Abschreibung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen ein Antrag auf Abschreibung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Abschreibung begründet

STAATSKANZLEI (STA)				
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung
173-2020 M	Von Arx (Schliern b. Köniz, glp) vom 10.06.2020 Volksrechte weiter digitalisieren – auch ohne E-Voting	11.03.2021 Annahme als Postulat	31.12.2023	In der Herbstsession 2024 hat der Grosse Rat die Prüfberichte «Freiwilliger Verzicht auf die Zustellung von Wahl- und Abstimmungsmaterial in Papierform» sowie «Einführung von E-Collecting» beraten und entsprechende Planungserklärungen überwiesen.
060-2021 M	Marti (Bern, SP) vom 18.03.2021 Transparenz über Politikfinanzierung – auch kantonal	09.12.2021 Punktweise beschlossenen Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: Annahme Ziffer 3: Annahme Ziffer 4: Annahme als Postulat Ziffer 5: Annahme als Postulat Ziffer 6: Annahme als Postulat	31.12.2023	In der Wintersession 2024 hat der Grosse Rat die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung von Transparenzvorgaben bei Kampagnenfinanzierungen verabschiedet.
131-2021 M	Zimmerli (Bern, FDP) vom 09.06.2021 Pilotversuche zwecks Einführung von E-Collecting im Kanton Bern	10.03.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	In der Herbstsession 2024 hat der Grosse Rat den Prüfbericht «Einführung von E-Collecting» beraten und entsprechende Planungserklärungen überwiesen.
048-2022 M	Freudiger (Langenthal, SVP) vom 08.03.2022 Übersicht und Effizienz bei ausserparlamentarischen beratenden Fachkommissionen	28.11.2022 Annahme	31.12.2024	In der Sommersession hat der Grosse Rat den Bericht «Übersicht und Überprüfung der Fachkommissionen. Bericht in Umsetzung der Motion 048-2022» beraten und entsprechende Planungserklärungen überwiesen.
067-2022 M	Sancar (Bern, Grüne) vom 15.03.2022 Politische Rechte für Menschen mit umfassender Beistandschaft	28.11.2022 Annahme als Postulat	31.12.2024	Der Regierungsrat befasste sich an seiner Sitzung vom 27. November 2024 mit dem Prüfbericht und erteilte der Staatskanzlei den Auftrag, die Umsetzung im Kanton zu initiieren, sobald der Bund die entsprechenden Gesetzesänderungen erarbeitet hat.
063-2022 M	Roulet Romy (Malleray, SP) vom 15.03.2022 Ein Gesetz und mehr finanzielle Unterstützung für die Förderung der Zweisprachigkeit – jetzt!	28.11.2022 Punktweise beschlossenen Ziffer 1: Annahme als Postulat Ziffer 2: zurückgezogen	31.12.2024	Die vom Grossen Rat geforderte Analyse hat stattgefunden. Der entsprechende Prüfbericht wurde vom Regierungsrat am 20. November 2024 behandelt und genehmigt. Der Regierungsrat erteilte der Staatskanzlei den Auftrag, ein Gesetzgebungsprojekt zu initiieren. Der Umfang und die genaue Form der gesetzlichen Bestimmungen werden in einer nächsten Phase definiert.
089-2022 P	Hess (Nidau, FDP) vom 22.04.2022 Mit QR-Code Wahlbeteiligung erhöhen	07.03.2023	31.12.2025	Der Regierungsrat befasste sich an seiner Sitzung vom 11. Dezember 2024 mit dem Prüfbericht und erteilte der Staatskanzlei den Auftrag, bei den Gesamterneuerungswahlen 2026 einen entsprechenden QR-Code auf den Wahlblock zu drucken.

3. Motionen und Postulate mit Antrag auf Fristverlängerung

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, deren Bearbeitungsfrist abläuft oder abgelaufen ist (vgl. Spalte «Frist Vollzug») und zu welchen ein Antrag auf Fristverlängerung gestellt wird. Vor dem Hintergrund des Bearbeitungsstands wird der Antrag auf Fristverlängerung begründet (F1: Antrag auf Fristverlängerung um 1 Jahr / F2: Antrag auf Fristverlängerung um 2 Jahre).

STAATSKANZLEI (STA)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Fristverlängerung	Antrag F1 / F2

4. Stand der Bearbeitung überwiesener Motionen und Postulate ohne Anträge

In der folgenden Tabelle finden sich sämtliche Vorstösse, zu welchen kein Antrag gestellt wird. Es wird über den Bearbeitungsstand informiert.

STAATSKANZLEI (STA)					
Vorstoss-Nr. Typ	Urheber (Ort / Partei) Titel	Datum Überweisung Beschluss GR	Frist Vollzug	Bearbeitungsstand Begründung Antrag auf Abschreibung	
056-2023 M	von Arx (Spiegel b. Bern, GLP) vom 14.03.2023 Politische Partizipation von Jugendlichen stärken, Teil 1 – Schaffung eines offiziellen kantonalen Jugendparlaments	04.09.2023	31.12.2025	Die Umsetzung des Vorstosses erfolgt in Abstimmung mit der Umsetzung der Motion 057-2023 <i>Politische Partizipation von Jugendlichen stärken, Teil 2 – Vorstossrecht für das kantonale Jugendparlament</i> durch das Büro des Grossen Rates. Der Regierungsrat wird voraussichtlich im 1. Quartal 2025 mit einer entsprechenden Ergänzung der Verordnung über die Information und die Medienförderung (IMV) befasst.	
114-2023 M	SP-JUSO (Riesen, La Neuveville) vom 05.06.2023 Gegen sexuelle Belästigung vorgehen	04.03.2024	31.12.2026	Die Prüfung wurde initiiert.	
143-2023 M	Marti (Bern, SP) vom 14.06.2023 Die Aufarbeitung der fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen zeigt: Betroffene benötigen weitergehende Unterstützung	04.06.2024	31.12.2026	Die Arbeiten wurden initiiert. Erste Gespräche an einem «Runden Tisch» haben stattgefunden. Die Vernetzung unter den entsprechenden Stakeholdern und deren Sensibilisierung für das Thema sind auf guten Wegen.	
255-2023 M	Säid (Biel/Bienne, SP) vom 06.12.2023 Bessere Lesbarkeit von Teilergebnissen bei der Auszählung von Stimmzetteln für kantonale und eidgenössische Wahlen	04.06.2024	31.12.2026	Die entsprechenden Prüfungen wurden initiiert.	
256-2023 M	SP-JUSO (Dunning, Biel/Bienne) vom 06.12.2023 Gemeindeautonomie für politische Rechte!	03.09.2024	31.12.2026	Die Erarbeitung einer entsprechenden Vorlage wurde initiiert.	

5. Planungserklärungen

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Planungserklärungen Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

Bei verschiedenen Planungserklärungen mit demselben Titel (gleiches Geschäft) Spalte (Punkt X) ausfüllen (Titel, Datum leer lassen)

STAATSKANZLEI (STA)					
Titel	Datum	Erklärung	Kurzbeschreibung /zusammengefasst) des Gegenstandes	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
Bericht E-Voting im Kanton Bern Planungserklärung Kommission (Leuenberger, Trubschachen) / EVP (Steiner, Langenthal)	31.03.2009	2	Das Ausüben des Stimmrechts durch E-Voting soll allen Stimmberechtigten ermöglicht werden. Dabei ist im Rahmen interkantonaler Zusammenarbeit eine kostengünstige Lösung anzustreben. Sicherheitsaspekten ist eine hohe Priorität einzuräumen und die Erfahrungen mit dem E-Voting für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sind zu berücksichtigen. (angenommen mit 104 Ja gegen 11 Nein, 3 Enthaltungen)	Das vom Kanton Bern mitbenutzte E-Voting-System des Kantons Genf wurde im Juni 2019 eingestellt. Bis auf Weiteres steht E-Voting den Berner Auslandschweizer Stimmberechtigten nicht mehr zur Verfügung. Der Bundesrat hat Ende 2020 – gestützt auf einen von Bund und Kantonen erarbeiteten Massnahmenkatalog – eine Neuausrichtung des Versuchsbetriebs beschlossen. Erste Kantone haben 2023 die Versuche erfolgreich wiederaufgenommen. Gestützt auf eine Studie befasste sich der Regierungsrat mit der Wiederführung von E-Voting auch im Kanton Bern.	Erledigt
		3	Das Unterschreiben von Initiativen und Referenden auf einer elektronischen Plattform soll durch die Regierung geprüft werden. (angenommen mit 89 Ja gegen 28 Nein bei 5 Enthaltungen)	In der Herbstsession 2024 hat der Grosse Rat den Prüfbericht «Einführung von E-Collecting» beraten und entsprechende Planungserklärungen überwiesen.	Erledigt
Jahresbericht des Regierungsrates an den Grossen Rat über die Aussenbeziehungen des Kantons Bern 2016	20.03.2017		Kommission für Staatspolitik und Aussenbeziehungen, Messerli: Bei der Entwicklung weiterer Projekte mit der Präfektur Nara berücksichtigt der Regierungsrat, dass sich daraus auch für den Kanton Bern ein direkter Nutzen ergibt.	Die Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Bern und der Präfektur Nara lief auch 2024 weiter. Die Berner Fachhochschule (BFH) und das Nara Institute of Science and Technology (NAIST) bereiteten ein Memorandum of Understanding (MoU) vor. Die beiden Hochschulen wollen im Bereich der alternden Gesellschaft zusammenarbeiten. Thema ist der Einsatz von Künstlicher Intelligenz bei altersbedingten Erkrankungen, namentlich bei Demenz. Im Frühjahr 2025 soll das MoU anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Freundschaftsabkommens unterzeichnet werden.	In Bearbeitung
Regulierungs-Checkliste	03.06.2018	2.	Der Regierungsrat evaluiert die Anwendung der Regulierungs-Checkliste nach Ablauf von 3 Jahren seit deren Inkraftsetzung und erstattet dem Grossen Rat in geeigneter Form Bericht.	Die Regulierungs-Checkliste wurde 2022 eingeführt. Die Staatskanzlei wird ihre Anwendung evaluieren und den Regierungsrat resp. den Grossen Rat nach drei Jahren mit einem entsprechenden Bericht befassen.	In Bearbeitung
Leichte Sprache beim Internetauftritt und im Informationsmaterial des Kantons Bern	08.06.2021		Der Kanton Bern ergänzt seine Website so rasch wie möglich mit einer Rubrik in Leichter Sprache. Darin werden die zentralen Infos des Kantons für die relevanten Zielgruppen in Leichter Sprache erläutert. Die Rubrik enthält mindestens die Infos zum Schutz von Leben und Gesundheit, zu Rechten und Pflichten der Bevölkerung, zum Bildungssystem und dort, wo Menschen mit Beeinträchtigungen das Zielpublikum sind.	Die erforderlichen Inhalte auf den kantonalen Websites wurden identifiziert und an spezialisierte Übersetzungsbüros gegeben. Das Layout des Internetauftritts wurde an die Bedürfnisse des Zielpublikums für Leichte Sprache angepasst. Seit April 2024 sind die Inhalte in Leichter Sprache auf den Websites des Kantons Bern: www.be.ch/leichtesprache	Erledigt

2024.STA.195 Übersicht und Überprüfung der Fachkommissionen	06.06.2024	1	Der Regierungsrat stellt sicher, dass die Gesamtübersicht über die Fachkommissionen jährlich aktualisiert wird.	Daueraufgabe	In Bearbeitung
		2	Der Regierungsrat stellt sicher, dass er die Liste der Fachkommissionen periodisch nach einheitlichen Kriterien hinsichtlich Wirkung, Notwendigkeit, Aufgaben und Zusammensetzung überprüft.	Daueraufgabe	In Bearbeitung
		3	Bei Kommission mit ähnlichem Tätigkeitsgebiet ist periodisch zu prüfen, durch Zusammenschluss bestehender Kommissionen und Einsitznahme von Personen mit dem erforderlichen Fachwissen in so "vereinigten" Gremien Synergien zu nutzen und Kosten zu reduzieren.	Daueraufgabe	In Bearbeitung
		4	Der Regierungsrat präzisiert im Gesetz die wichtigsten Grundsätze, die für alle Fachkommissionen gelten sollen: Dazu gehören namentlich Regelungen zur Überprüfung, zur Einsetzung und Aufhebung einer Kommission, zur Entschädigung, zum Wahlverfahren und zur Stellung des Sekretariats.	Eine entsprechende Vorlage wird 2025 in ein Vernehmlassungsverfahren geschickt.	In Bearbeitung
		5	Der Regierungsrat oder die Direktion, in deren Aufgabenbereich eine Fachkommission aufgehoben wird, berichtet der zuständigen grossrätlichen Kommission spätestens drei Jahre nach Aufhebung der Fachkommission über die Folgen der Aufhebung.	Daueraufgabe	In Bearbeitung
		6	Der Regierungsrat oder die Direktion, in deren Aufgabenbereich eine Fachkommission aufgehoben wird, zeigt in geeigneter Weise spätestens drei Jahre nach Aufhebung der Fachkommission auf, wie zukünftig das externe Fachwissen genutzt werden kann bzw. wird.	Daueraufgabe	In Bearbeitung
2023.STA.511 Umsetzung der strategischen Ziele und der Vision 2030 (Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026)	06.06.2024	Ziel 5	Entwicklungsstrategie (Optimierung Bewilligungsverfahren): Zu diesem definierten Ziel fehlen gänzlich Informationen zum Stand der Dinge im Bericht. Der nächstjährige Bericht ist entsprechend zu ergänzen.	Die Berichterstattung 2024 wird auf den Entwicklungsschwerpunkt eingehen.	In Bearbeitung
2024.STA.320 Freiwilliger Verzicht auf die Zustellung von Wahl- und Abstimmungsinformationmaterial in Papierform	02.09.2024	1	Eine Verzichtsmöglichkeit soll im Rahmen der Agenda Digitale Verwaltung Schweiz analog E-Voting für Bund und Kantone weiterverfolgt werden.	Die Arbeiten wurden aufgenommen.	In Bearbeitung
		2	Es ist ein stehendes harmonisiertes Stimmregister zu schaffen	Die Arbeiten wurden aufgenommen.	In Bearbeitung
		3	Wenn ein stehendes harmonisiertes Stimmregister erstellt wird, ist dieses so auszugestalten, dass der An- und Abmeldeprozess für einen Verzicht auf die Zustellung des Wahl- und Abstimmungsinformationmaterial in Papierform darüber möglich ist.	Die Arbeiten wurden aufgenommen.	In Bearbeitung

		4	Wenn die Möglichkeit für einen Verzicht auf das Wahl- und Abstimmungsinformationmaterial in Papierform geschaffen wird, muss denjenigen Stimmberechtigten, die von der Verzichtsmöglichkeit Gebrauch machen, eine digitale Möglichkeit für den Zugang zum Wahl- und Abstimmungsinformationmaterial bereitgestellt werden.	Die Arbeiten wurden aufgenommen.	In Bearbeitung
2024.STA.233 Einführung von E-Collecting. Bericht in Erfüllung von Ziffer 2 und 3 des Postulats 173-2020 von Arx (Spiegel b. Bern, glp) sowie des Postulats 131-2021 Zimmerli (Bern, FDP)	02.09.2024	1	Es ist ein stehendes harmonisiertes Stimmregister zu schaffen	Die Arbeiten wurden aufgenommen.	In Bearbeitung
		2	E-Collecting soll in Zusammenarbeit mit der Digitalen Verwaltung Schweiz weiterverfolgt werden.	Die Arbeiten wurden aufgenommen.	In Bearbeitung
2021.STA.644 Teilprojekt 2 des Projekts Avenir Berne romande: «Hin zu einer modernen, zugänglichen und effizienten französischsprachigen Verwaltung»	FS 2023, 06.06.2023	1	Der Regierungsrat wird aufgefordert, bei einer neuerlichen Prüfung des Projekts «Avenir Berne romande» an der vorgesehenen Neuorganisation mit konsistenten Kompetenzzentren festzuhalten, um dem Prinzip der Konzentration nach Regionen gerecht zu werden. Die im ursprünglichen Projekt vorgesehene räumliche Neuordnung der kantonalen Verwaltungseinheiten, der Justiz- und Sicherheitsinstitutionen sowie der Bildungseinrichtungen der Sekundarstufe II nach Kompetenzzentren soll beibehalten werden.	Die Reorganisation im Berner Jura findet in 8 Kompetenzzentren statt. Der Grosse Rat hat jedoch in der Wintersession 2024 auf Antrag der Deputation beschlossen, den Bau eines Justiz- und Polizeizentrums in Reconvilier nicht um zehn Jahre zu verschieben, sondern auf das Vorhaben vollständig zu verzichten. Dieses Kompetenzzentrum soll konsistent zwischen Tavannes und Loveresse aufgeteilt werden. Für die provisorischen Lösungen müssen teilweise andere Standorte genutzt werden.	In Bearbeitung
		2	Der Regierungsrat wird beauftragt, das ABR-Projekt mit dem Ziel umzusetzen, die Jurafrage zu beenden und dabei qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und Dienstleistungen für die Bevölkerung und die Gemeinden, die sich für den Verbleib im Kanton Bern entschieden haben, zu erhalten.	Die Verabschiedung des Moutier-Konkordats durch die Stimmberechtigten beider Kantone beendet die Jurafrage. Die laufende Neuorganisation im Rahmen des Projekts «Avenir Berne romande» hat zum Ziel, Arbeitsstellen und Dienstleistungen im Berner Jura zu erhalten. Trotzdem mussten provisorische Lösungen in Biel gefunden werden, insbesondere für die Justiz.	In Bearbeitung
		3	Sollte der Regierungsrat gezwungen sein, die durch die Umsetzung des Projekts «Avenir Berne romande» verursachten Infrastrukturkosten zu reduzieren, wird er beauftragt, die ihm auferlegten Einsparungen primär im Bereich der provisorischen Vorhaben zu realisieren, ohne die Organisation der Kompetenzzentren in Frage zu stellen.	Der Regierungsrat hat für den Bau eines Justiz- und Polizeizentrums in Reconvilier im Rahmen der gesamtstaatlichen Priorisierung des Investitionsbedarfs einen Aufschub von zehn Jahren beantragt. Der Grosse Rat hat auf Antrag der Deputation beschlossen, das Vorhaben nicht um zehn Jahre zu verschieben, sondern vollständig auf das neue Gebäude in Reconvilier zu verzichten. Dieses Kompetenzzentrum soll konsistent zwischen Tavannes und Loveresse aufgeteilt werden. Bei einigen Provisorien wurden Einsparungen gefordert.	In Bearbeitung
		4	Der kantonale Flächenstandard für Büroräume von 14,5 m ² pro Vollzeitstelle für Verwaltungsbüroflächen wird im Rahmen von «Avenir Berne romande» eingehalten, insbesondere bei den neuen Gebäuden. Der Kanton richtet in Gebäuden, die ihm gehören, allenfalls frei gebliebene Räume entsprechend ein, um sie zu ortsüblichen Preisen vermieten zu können.	Der kantonale Flächenstandard wird bei der Planung der Arbeiten für die neuen Räumlichkeiten angewendet. In einem Teil der betroffenen Gebäude gibt es jedoch noch Leerflächen. Eine Vermietung an Dritte ist derzeit nicht vorgesehen.	In Bearbeitung
		5	Der Grosse Rat oder die zuständigen Kommissionen werden bis zur Herbstsession 2023 darüber in Kenntnis gesetzt, welche künftigen Nutzungen der Leerfläche in Prêles und Bellelay nach neuem Planungsstand realistischweise in Frage kommen.	Die Information erfolgte im Rahmen der Herbstsession 2023. Ein Kapitel des Vortrags «Avenir Berne romande, Verpflichtungskredite für – Tavannes Machines, Sanierung und Ausbau – Provisorien für Justiz und Polizei, Realisierung, Anmiete und Mieterausbau» war dieser Planungserklärung gewidmet.	Erledigt

		6	Die Priorisierung der Hochbauinvestitionen wird unter Berücksichtigung der Baukostenentwicklung, der kantonalen Finanzlage und anderer Projekte im ganzen Kanton, unter anderem dem Projekt «Avenir Berne romande», aktualisiert. Das Ergebnis der Aktualisierung wird dem Grossen Rat spätestens zusammen mit den Hochbau-Ausführungskrediten zum Projekt «Avenir Berne romande» vorgelegt.	Der Regierungsrat hat im August 2024 seinen Antrag für die gesamtstaatliche Priorisierung des Investitionsbedarfs vorgestellt und sie für die Wintersession 2024 an den Grossen Rat überwiesen, unter Einbezug der Investitionen für das Projekt Avenir Berne romande. Er hat für die Investition in Reconviiler einen Aufschub von zehn Jahren beantragt. Der Grosse Rat hat auf Antrag der Deputation beschlossen, das Vorhaben nicht um zehn Jahre zu verschieben, sondern vollständig auf das neue Gebäude in Reconviiler zu verzichten. Dieses Kompetenzzentrum soll konsistent zwischen Tavannes und Loveresse aufgeteilt werden.	Erledigt
Richtlinien der Regierungspolitik 2023-2026: Weiteres Vorgehen	FS 2023 06.06.2023	Ziel 2	Der Kanton Bern begleitet aktiv das Projekt E-Voting. Nach positivem Evaluationsergebnis im Jahr 2023 nimmt der Kanton das Projekt E-Voting wieder auf.	Der Bundesrat hat Ende 2020 – gestützt auf einen von Bund und Kantonen erarbeiteten Massnahmenkatalog – eine Neuausrichtung des Versuchsbetriebs beschlossen. Erste Kantone haben 2023 die Versuche erfolgreich wiederaufgenommen. Gestützt auf eine Studie befasste sich der Regierungsrat mit der Wiederführung von E-Voting auch im Kanton Bern.	In Bearbeitung

6. Auflagen Kreditgeschäfte

In der folgenden Tabelle wird über den Stand der Umsetzung von Auflagen zu Kreditgeschäften Bericht erstattet (Status: In Bearbeitung / Erledigt).

STAATSKANZLEI (STA)				
Titel (Geschäft)	Session	Auflage	Bearbeitungsstand (zusammengefasst)	Status
Geschäftsstelle Digitale Verwaltung: Ausgabenbewilligung für die Finanzierung der Agenda Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)	Winter 2023	Der Regierungsrat informiert die zuständigen Kommissionen SAK und FiKo jährlich über – die Zielerreichung der Projekte, – den jeweils aktuellen Planungsstand der Agenda DVS und – die Mittelverwendung	Die gewünschte Berichterstattung erfolgt erstmals per Ende 2024. Ein Statusbericht der DVS wird erst 2025 zur Verfügung stehen. STA/GDV erstellt daher in Eigenregie eine Information über den Stand 2024 zuhanden der zuständigen Kommissionen. Diese wird Anfang 2025 bereitstehen.	In Bearbeitung